

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

**Erscheint täglich**  
früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Johannisstraße 33.  
Anzahlblätter der Redaction:  
Vormittags 10—12 Uhr.  
Nachmittags 4—6 Uhr.  
Für die Abnahme einzelner Blätter  
wird nach der Redaction nicht  
verantwortlich.  
Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Anzahlblätter an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.  
In den Filialen für Auf. Annahme:  
in Chemnitz, Marktstr. 22,  
in Dresden, Katharinenstr. 18, p.  
nur bis 1/2 Uhr.

**Auflage 16,200.**  
Abonnementpreis vierteljährlich 4 M.,  
incl. Frangirung 5 M.,  
durch die Post bezogen 6 M.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belagerungsplan 10 Pf.  
Belagerten für Extrablätter  
ohne Postförderung 30 Pf.  
mit Postförderung 40 Pf.  
Jahrespreis 5 M., Postzettel 30 Pf.  
Größere Schriften laut unseren  
Preisverzeichnissen. — Labelschriften  
nach besonderem Tarif.  
Reclamen unter dem Redactionsbilde  
die Spalte 40 Pf.  
Jahrespreis sub. 10 an 6. Größeren  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postnachnahme.

**№ 280.**

**Sonnabend den 11. September 1880.**

**74. Jahrgang.**

### Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen  
**Sonntag den 12. September nur Vormittags bis 1/2 9 Uhr**  
geöffnet.

### Expedition des Leipziger Tageblattes.

### Versteigerung auf den Abbruch.

Sämmtliche Baulichkeiten in den der Stadtgemeinde gehörigen Grundstücken Nr. 14 und 15 der  
Königsstraße sollen ungetrennt  
Donnerstag, den 16. d. M., Vormittags 11 Uhr,  
an Rathshaus auf den Abbruch versteigert werden.  
Die Versteigerungsbedingungen, in welchen die zu versteigernden Baulichkeiten speciell aufgeführt sind,  
liegen in unserem Bureau (Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 1) zur Einsichtnahme aus.  
Leipzig, am 7. September 1880.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Stöck.

### Bekanntmachung.

Im Monat August d. J. gingen bei der Armenanstalt ein:  
a. an Geschenken:  
8 A 40 J als Kaufobjekt, durch das Gewerbe-Schiedsgericht,  
15 — von Herrn Friedrich Wilhelm Müller,  
15 — als Sühne in Sachen H. G. v. S. W.,  
29 — als 1. Rate auf ein Vergleichsobject in Sachen F. W. R. v. F. Sch., durch Herrn Rechts-  
anwalt Krojtzsch,  
6 — als Sühne in Sachen G. v. D.,  
10 — — — — — durch den Friedensrichter Herrn G. A. Jand sen.,  
2 — Sachverständigengebühr von Herrn Kaufmann Rosenfeld, durch das königliche Amtsgericht,  
3 — als Sühne in Sachen R. v. B.,  
10 — — — — — durch den Friedensrichter Herrn F. A. Conrad,  
5 — die Hälfte einer Vergleichszahlung von Herrn Kaufmann Joseph Brothers, durch das Gewerbe-  
Schiedsgericht;  
b. an der Armencaffe gesetzlich zustehenden Geldern:  
40 — diverse Strafen, Sonntagseinkünfte betr., durch den Rath,  
11 — dergleichen auf Grund von §. 36 des Jagdpolizei-Gesetzes vom 1. December 1864, durch das  
Polizeiamt,  
44 — unerhoben gebliebene Rinsen von Anleihen der vormaligen Leipzig-Dresdener Eisenbahn, durch  
die königliche Staatsschulden-Casse,  
101 — für Russenlaubnisse und Befähigung von Schaustellungen, durch den Rath.  
Leipzig, den 8. September 1880.  
Das Armen-Directionium.  
Ludwig Wolf, Stadtrath. Vange.

### Das Dombauwerk und die Ultramontanen.

Das vom Kaiser befohlene Dombauwerk ist, wie wir schon neulich ausführlich darlegten, keineswegs im Sinne der ultramontanen Partei und der mit der preussischen Regierung in Conflict gerathenen Kirchenfürsten. Daß die wenigen noch im Amte befindlichen Bischöfe einer Einladung zur Theilnahme an der Feier Folge leisten sollten, ist bei der Stellung, welche sie der staatlichen Abiegung des Erzbischofs Reichers gegenüber einnehmen, keineswegs wahrscheinlich. Das Entgegenkommen, welches das Kölner Domcapitel zeigt, muß übrigens lebhaft wieder daran erinnern, daß die preussische Regierung selber es war, welche im Gegenseite zu den ausgesprochenen Wünschen des Capitels die Erhebung des Herrn Reichers auf den erzbischöflichen Stuhl bewirkte. Gerade so hatte sie dem Grafen Ledochowski, der den Dombauwerken von Gnesen und Posen und der polnischen Geistlichkeit gar nicht genehm war, die erzbischöfliche Würde durch Unterhandlungen mit dem Papste verschafft. Sie hat es ebenso bereuen müssen, wie vierzig Jahre vorher bei Clemens August von Droste, den der Minister von Altenstein kurz vor seiner Wahl zum Metropolit von Köln als einen Mann bezeichnete, den er „mehrmals einer bischöflichen Diöcese innerhalb der königlichen Lande vorgelegt zu sehen gewohnt“ habe. Und Altenstein war wahrlich nicht der Mann dazu, um besonderer Besorgnisse und Considern gegen Rom und die Romlinge gesehen werden zu können. Es hat sich eben in den genannten Fällen die alte und immer wieder von Seiten des Staats zu seinem Schaden wiederholte Erfahrung, daß mit dem Ultramontanismus kein Pactiren möglich ist, und daß derselbe seinen Hochmuth und Starrsinn um genau ebensoviel steigert, als ihm nachgegeben wird.  
Diese bittere Lehre scheint jetzt auch Herrn von Puttkamer nicht erspart bleiben zu sollen. Er hat sich bereit, die Bestimmung des „Friedensgesetzes“ vom 14. Juli, nach welcher das Spenden der Sacramente und das Lesen der Messe in verwaisten Familien nicht unter Strafe zu stellen sei, in einer Art zu interpretiren (Erlaß an den Oberpräsidenten von Posen vom 17. August d. J.), die in ihrer übertriebenen Milde zu manchen schweren Bedenken Anlaß geben konnte. Es wäre nicht schwer, zu beweisen, daß es dem Wortlaut wie dem Geist jenes Gesetzes widerspricht, dieselben geistlichen Amtshandlungen, die bisher verboten waren, die jetzt nur erlaubt werden, von Staats wegen und aus den Taschen des Staats zu bezahlen; und Das ordnet der obengenannte Ministerialerlaß an.

Doch Dies bei Seite gelassen, so ist es bemerkenswerth, welche Aufnahme die Milde des Herrn von Puttkamer im Posenischen findet. Die kürzlich unter Aufsicht eines Militärattachés erfolgte Verhaftung eines Wandercicars hat keineswegs die Beachtung gefunden, die sie verdient. Dieser Cicar hatte die Verordnung des Herrn Cultusministers als einen für ihn vernünftlich sehr triftigen Anlaß betrachtet, seinen Hohn und seine Ränke gegen die Besetze des weltlichen Staates wenn möglich noch zu steigern. Die nothwendig gewordene Verhaftung aber war für die sanitätsmäßige Bevölkerung des Städtchens, in dem sich diese Tragikomödie abspielte, das Signal zu einer kleinen Emute, die leider nur mit der Waffe und nicht ohne Blutvergießen gedämpft wurde. Herr von Puttkamer erntet eben keinen Dank mit seiner Politik der Berührung, nicht bei der hohen Prälaten, nicht bei den parlamentarischen Paladinen des Clerikalismus und auch nicht bei dem katholischen Volk.  
Wer hieran noch zweifeln möchte, wer etwa das seine Wort von David Strauß „Mit jedem Fuß breit, den der Kölner Dom in die Höhe strebt, schwillt den Romlingen mehr und mehr der Ramm“ für eine Liebertreibung hielt, den kann die Aufnahme belehren, welche die Herren vom Centrum und die ultramontane Presse der staatlich angeordneten, unter den Auspicien des Kaisers stattfindenden Dombauwerke bereiten. Vielleicht ist die Hoffnung nicht unbedeutend, daß die unwillkürliche Sprache, welche die „Germania“ bei diesem Anlaß führt, an denjenigen Stellen der Regierungskreise Eindruck machen wird, wo ein an sich erklärliches Wohlwollen und der Wunsch nach dem Frieden zur alleinigen Richtschnur der Kirchenpolitik gemacht wurde.

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 10. September.  
In den ostasiatischen Gewässern setzt sich sehr langsam, anscheinend um der Pforte Zeit zu geben, sich zu bestimmen, die internationale Armada zusammen. Ein englischer Staatsmann hat dieser Tage einen unangenehm bedeutenden Ausspruch über die Flottendemonstration geäußert; er verglich die Flotte der Großmächte mit einer eisernen Ruthe, die das letzte Erziehungsmittel für die lächerliche Pforte sei: „Es dauert lange, bis sich eine Ruthe zur Anschaffung einer Ruthe entschließt; sie nimmt sich auch feuchend vor, das Instrument nur als Drohung zu denken, bis sie schließlich doch thätig Gebrauch davon macht.“ Der Vergleich hängt in einem Punkte; die einzelnen Zweige zur Ruthe sind schon vorhanden, aber die letztere ist noch nicht geschnitten. Wenn die Türkei

jezt ihr langes Verschleppungsspiel einstellen und wenigstens in der montenegrinischen Grenzfrage nachgeben sollte, so wäre die Furcht vor der von russischer Seite in Bulgarien gestifteten Ruthe als die Angst vor der Flottendemonstration der Hauptgrund für diese Wandelung. Zur Lage meldet uns das Wolffsche Bureau aus Konstantinopel vom Donnerstag: „Riza Pascha zeigte der Pforte am 7. d. M. telegraphisch an, er treffe Anstalten, noch an dem nämlichen Tage mit 4 Bataillonen nach Dulcigno abzugehen, um die Uebergabe des Places an Montenegro vorzubereiten.“ Von einer wirklichen Entscheidung verlaute bis zur Stunde noch Nichts. Ein Gerücht will sogar wissen, die Pforte bereite neue Schwierigkeiten vor, um die Action der Mächte weiter hinauszuschieben.  
Um das Reisegeld des Barons Haymerle hält sich ein förmliches Geheimniß. Weber Berliner noch Wiener Blätter wissen Bestimmtes darüber zu melden. Die „Nat.-Ztg.“ äußert sich wie folgt: „Baron Haymerle hat, nach übereinstimmender Meldung verschiedener Blätter, Friedrichsruhe am Sonntag Abend verlassen, um sich nach Hamburg zu begeben. Seitdem fehlt jede beglaubigte Nachricht über die weitere Reiseroute des österreichischen Staatsmannes. Die Nachricht, welche zuerst die „Post“ verbreitete, Herr v. Haymerle sei nach London gereist, hat keine Bestätigung bis jetzt gefunden und wird von Berlin aus auch entschieden bestritten. Daß Herr v. Haymerle sich eher in der Richtung nach Galizien zu bewegen wird, als in der nach England, scheint uns nach allen Vorgängen das Wahrscheinlichere.“  
Wir kommen an dieser Stelle auf einen in dem Artikel „Das Dombauwerk und die Ultramontanen“ erwähnten Vorfall zurück. Die „Germania“ bringt nämlich einen ausführlichen Bericht über die am 3. d. M. zu Bilatoro bei Kiewitzowo erfolgte Verhaftung des mairgesewidrig amtierenden Priesters Kuhnner, bei welcher Soldaten des preussischen 21. Infanterieregiments mitgewirkt hätten und, trotz der Resignation der nur durch vielfach noch unterdrücktes Wohlwollen ihre Empfindungen kundgebenden aufgereizten Massen, geschossen und Kolbenstöße nach allen Richtungen ausgeheilt haben sollen. Man muß eine schleimige Ausfertigung des von der „Germania“ schwerlich richtig dargestellten Vorfalls abwarten. Wenn ein Priester sich ohne staatliche Genehmigung hartnäckig ein Amt anmaßt, ist es nur zu billigen, daß er daran durch alle gesetzlichen Mittel verhindert wird. Aber die Zulassung von Militär bei seiner etwa nothwendig werdenden Verhaftung dürfte doch nur im äußersten Nothfall geschehen und müßte dabei jeder Ausbreitung der etwa durch Schmutzbrüste erbiterten Soldaten energisch entgegengetreten werden. In diesem Sinne äußern sich die Berliner Blätter.  
Interessant ist eine Notiz des Bairischen „Vaterland“ über Herrn von Hedenbach, den Urheber des gestern von uns besprochenen reactionären Programms. Danach hätte der Herr, übrigens Katholik, bis vor 4 Jahren stets liberal gestimmt und wäre sogar, freilich ohne Erfolg, als liberaler Candidat angetreten. Diese sein Programm eigenhändig illustrirenden, Mittheilungen sind jedoch bei dem trübten Charakter der Quelle nur mit großer Vorsicht anzunehmen.  
Herr v. Puttkamer, der preussische Cultusminister, hat, wie Berliner Blätter melden, dem Kaiser über die Kölner Dombauwerke Vortrag gehalten. Die Feier, für welche beide Majestäten großes Interesse an den Tag legen, wird sich allem Anschein nach glänzend entwickeln. Nach einer vielfach verbreiteten Angabe läge es in der Absicht, sämtliche deutsche Souveräne zur Theilnahme einzuladen. Die Angelegenheit soll, so weit es sich um die von Berlin aus zutreffenden Anordnungen handelt, noch vor der Abreise des Kaisers, die in 8—10 Tagen zu erwarten steht, zum Abschluß gelangen.  
Der Herausgeber der „Nationalliberalen Correspondenz“, Dr. Böttcher, ist der Partei treu geblieben. Aus seinem Wahlkreis im Waldeck'schen wird der „Kölnischen Zeitung“ geschrieben: „Wäre Dr. Böttcher auf der abschüssigen Bahn nach links weiter gegangen, so hätten wir gegeben müssen, daß seine Auffassung der nationalen Interessen und die unserer entgegen gesetzt wären und wir auf ihn als unseren Vertreter verzichten müßten. Wir freuen uns deshalb, daß Dennigsen ihn in Freiburg die Hand gereicht und daß er sie angenommen hat. Wir freuen uns, daß Rudolf v. Dennigsen, unbehindert durch die Verdächtigungen alter und neuer Feinde, seine parlamentarische Aufgabe sowohl im Reichstage als im preussischen Abgeordnetenhaus mit allen Kräften des Geistes und mit aller Energie furchtlos zu erfüllen entschlossen ist und nach wie vor nicht nur in der Provinz Hannover, sondern im ganzen Deutschen Reich von

seinen Gesinnungsgenossen als ihr bewährter Führer freudig anerkannt wird. Wir hoffen sogar, daß Dr. Böttcher und seine Gesinnungsgenossen, welche durch Dr. Lasser und dessen Anhang herausgedrängt wurden, sich nun wieder mit der nationalliberalen Fraction vereinigen werden, und wünschen, daß im nächsten Reichstage diejenige Bestimmung die herrschende werde, welche die Interessen des Reiches höher stellt als die der Partei und das gute politische Einvernehmen der Freiconservativen und Nationalliberalen weiter pflegt.“  
Der zum Staatssecretair des Reichsamtes des Innern ernannte Oberpräsident v. Bötticher ist am 6. Januar 1833 in Stettin geboren.  
Nachdem er in den Jahren 1863—65 bei den Regierungen in Gumbinnen, Danzig, Stralsund und Potsdam als Justitiarius fungirt hatte, trat er im Jahre 1866 als Hilfsarbeiter in das Handelsministerium ein. Im Jahre 1869 wurde er als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern berufen und wurde im Jahre 1872 zum Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath dasebst ernannt. Diesen Posten vertrat er dann im Jahre 1873 mit demjenigen des Landdrost in Hannover. Im Jahre 1876 erfolgte seine Ernennung zum Regierungspräsidenten in Schleswig. Später erzielte er den Baron v. Scheel-Blessen als Oberpräsident von Schleswig-Holstein. Im Reichstage vertrat er den zweiten schleswig-holsteinischen Wahlkreis, unterlag aber bei der Neuwahl, die in Folge seiner Beförderung zum Oberpräsidenten stattfinden mußte, gegen den nationalliberalen Candidaten Professor Dr. Hirsch. Auch dem preussischen Abgeordnetenhaus gehörte Herr von Bötticher in den Jahren 1867—70 an. Man weiß, daß er in der Zolltarifcommission eine eifrige Thätigkeit entfaltet hat und daß er als in besonderem Ansehen bei dem Reichstangler lebend gilt.  
Die Theaterfrage in Ungarn hat eine betrübende Wendung genommen. Das ungarische Ministerium hat, ohne Angabe eines Grundes, dem Theater-Director in Hermannstadt die Concession verweigert und wird nun auch zweifellos dem Theater-Director in Szeged die angeforderte Concession nicht bewilligen. Wer die in der Theaterfrage bekundete Taktik aufmerksam verfolgt, dem wird es ganz klar, daß das ungarische Ministerium auf eine vollständige gewaltsame Unterdrückung des Deutschthums hinarbeitet. Man hat in der nächsten Saison in keinem deutschen Theater Ungarns spielen zu lassen. In Preßburg ist die Theaterfrage noch unerledigt, in Budapest wird die Bewilligung zur Verpachtung verzögert, in Temesvár giebt es kein deutsches Theater und in Siebenbürgen werden die Concessionen verweigert. Mit einem Wort, das Deutschthum soll in Ungarn unterdrückt werden, und dazu scheint dem Ministerpräsidenten Koloman Tisza, welcher die Seele dieser Action ist, kein Mittel zu schlecht zu sein.  
Bezüglich der Kaiserreise in Galizien dauert eine höchst unerquickliche, gespannte Discussion zwischen russischen und österreichischen Blättern fort. Spielen die österreichischen Blätter die Polen aus, so antworten die russischen mit den Ruthenen. Der „Berger“, ein der russischen Regierung direct nahe stehendes Blatt, meint, alle wohlmeinenden Russen könnten dem Entschlusse des Kaisers Franz Josef, Galizien zu besuchen und die dortigen Verhältnisse kennen zu lernen, nur ihre Sympathie entgegenbringen. In solcher Kundgebung zwischen dem Monarchen und dem Volke liege eine Gewähr für die Zukunft. „Uns bleibt nur der Wunsch“, so setzt der „Berger“ hinzu, „daß die in der Mitte der russischen Unterthanen des österreichischen Kaisers durch den Besuch wahrerufenen Hoffnungen sich erfüllen. Wir begrüßen die Ankunft des Monarchen in Galizien als einen freudigen Strahl, erglänzend im Leben von mehr als drei Millionen seiner russischen Unterthanen.“ Die Wiener Blätter dienen natürlich in gleicher Weise.  
Wie erwähnt, haben sich die Blätter der Pforte gegenseitig über die hellenische Angelegenheit sehr bestimmt geäußert. Die betreffende Note ist jetzt bekannt geworden. Wiener Blätter enthalten folgende Inhaltsangabe:  
Die Unterzeichneten haben auf Befehl ihrer Regierungen die Hrn. Sr. Excellenz Abedin Pascha kundzugeben, daß, da die Entscheidung der Berliner Conferenz nach reiflicher Ueberlegung und in Folge einer sorgfältigen Prüfung der verschiedenen, erst von der ottomanischen und dann von der griechischen Regierung vorgeschlagenen Traces getroffen wurde, die vermittelnden Mächte nicht zustimmen in der Lage sind, daß über diese Angelegenheit die Discussion wiedereröffnet werde. Sie können sich nur an die Entscheidung der Conferenz, welche sie gebilligt haben, halten und sie von Neuem der hohen Pforte als conform dem Vertrage und dem Bestohle von Berlin anempfehlen.  
Die Regierungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland befinden sich demnach in der Unmöglichkeit, die Unterzeichneten zu autorisiren, irgend welche Dis-